

Bezugspreis: monatlich 10 M., ohne Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter an. In allen Postämtern empfangbar.
Donnerstag - Ausgabe
Anzeigenpreis: Die Spalte 24 mm breit und 10 mm hoch 70 H. Die Spalte 30 mm breit und 10 mm hoch 80 H. Bei längerer Anzeigendauer ermäßigt.
Verkaufsstelle: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, Abends von 7 Uhr an Redaktion 5009 und 5610. - Postfachkonto: Leipzig 20512.
Donnerstag 17. November
Verkaufsstelle Berlin: Bernburger Str. 80. Fernruf Amt Karfunk Nr. 6380
Eigene Berliner Schriftleitung. - Verlag u. Druck von Otto Uebels, Halle-Saale

Der amerikanische Geschäftsträger für Berlin

Präsident Harding hat den Commissioner Ellis Drefel zum Geschäftsträger der Vereinigten Staaten beim Deutschen Reich ernannt

Amerikanische Drohungen in Washington Balfours Rede

Washington, 16. November.

In der gestrigen öffentlichen Sitzung der Abwählungskonferenz hielt der Präsident der englischen Delegation Balfour in Anerkennung der Vorschläge des Staatssekretärs Hughes seine mit großer Spannung erwartete Rede, in der er eingangs ausführlich die Rede machte auf den Günstigen der Erde, doch ist an den Verhandlungen teilzunehmen und mein Schicksal zu ihnen verknüpfen kann. Der vergangene Sonntag war ein bewundernswürdiger Tag, und das Geheimnis nur in der Zeit mündbar geworden worden. Ich hoffe, daß alle Geheimnisse unserer Diskussionen, solange sie Geheimnisse sein müssen, so bewahrt bleiben werden. Nach Eröffnung der Konferenz durch den Präsidenten wurde mit größter Klarheit, daß ich nicht nur an einer hohen Bekanntheit teilnehme, sondern, daß es sich um ein welt-berühmtes Ereignis handelt. Denn zum Balfour auf die Beziehungen zwischen Großbritannien und Amerika zu sprechen und erklärte: „Glauben Sie mir, daß es keine Gründe des Ehrgeizes sind und ebensowenig Gründe, die aus Selbstinteresse oder Neugierde entstehen, sondern solche, die sich einfach aus den Tatsachen ergeben, daß es notwendig ist, die Beziehungen ein so großes Stück nach, wie es das britische Reich betrifft. Diese Tatsache ist so allgemein bekannt, daß hier ansetzen ist, und jeder sollte sie erkennen. Besser sollte ich selbst vorstellen, welche Stellung das britische Reich wirklich einnimmt. Fast alle von uns sind Bürger der Vereinigten Staaten. Sie haben sich und ich in einer Reihe, doppelt geknüpft gegen jeden nur denkbaren feindlichen Angriff. Aber Ihre Schuld liegt nicht nur darin, daß Sie eine Bevölkerung von über 100 Millionen darstellen, er liegt nicht darin, daß Sie das reichste Land der Welt sind, sondern in allem schied Sie die geographische Lage Ihres Landes vor sich. Das britische Reich ist aus natürlichen Gründen in entgegengesetzter Lage. Ihre westlichen Staaten sind 4.000 Meilen von der Küste entfernt, während unsere westlichen Staaten sind 4.000 Meilen von der Küste entfernt. Wenn das Herz Ihres Reiches Gefahren ausgesetzt ist, wenn Sie an den Seehandel angeschlossen sind, werden Sie einsehen, daß Sie sich gegen die Gefahren wehren müssen, die Sie bedrohen können. Das Leben Englands hängt von seiner Seeverkehr ab, und wir müssen Genuß haben, daß diese Sicherheit gewahrt bleibt. Glauben Sie mir, daß ich hier ein Mitglied annehmen will, aber die Ehre meines Landes, im Gegenteil, nur sich selbst und nicht die Augen und Ohren der Öffentlichkeit vorstellen und gegen gewisse Angriffsbedrohungen unentbehrlich sind. Der Standpunkt der Welt, daß man die Selbstverteidigung als notwendig für die Selbstverteidigung ansehen mußte, hat daher eine gewisse Bedeutung und ich möchte betonen, daß diese Selbstverteidigung ist ein kleiner Schritt nach der Mitteilung, die am vergangenen Sonntag an alle Welt ausgesandt wurde, nicht dazu ansetzt, was denken, die am meisten davon berührt werden, nicht die Anerkennung aufzunehmen zu werden. Es heißt aber auch, daß gewisse Fragen in bezug auf die Selbstverteidigung der Vereinigten Staaten erledigt werden können.“

Als nächster Redner rückte sodann der Vertreter Japans, Wellington Koo, das Wort an die Versammlung, indem er erklärte, daß Japan die Zwecke der Konferenz billige und schätze. Nach Japan das Gute an, das eine Befestigung der Beziehungen zwischen den Nationen sein mußte. Der vorgelegene Plan müsse vollständig die Interessen aller der Welt berücksichtigen und nicht die Interessen der einen Seite gegen die Interessen der anderen Seite zu stellen. Wenn Japan dabei bereit sei, sich mit einer weitgehenden Befestigung seiner Interessen einverstanden zu erklären, so müsse es auch in dem Maße in dem Interesse der anderen Nationen bereit zu sein, sich mit einer weitgehenden Befestigung der Interessen der anderen Nationen einverstanden zu erklären. Es sei daher notwendig, daß die Interessen aller der Welt berücksichtigt werden, und nicht die Interessen der einen Seite gegen die Interessen der anderen Seite zu stellen.

Jeebot in Zukunft gänzlich abge schafft werden, um diesen Mißbrauch ein für allemal unmöglich zu machen. Der italienische Delegierte Sganzer legte kurz die italienische Auffassung über die Genstrahlung fest, indem er sagte, der Friede auf der Welt könne nicht ewig bestehen, wenn man nicht Mittel und Wege in Erwägung zieht, um das wirtschaftliche Gleichgewicht der Welt wieder herzustellen. Eine moderne Zivilisation und eine Weltwirtschaft seien nicht denkbar, wenn man nicht den Handel der einzelnen Nationen zu einem Ganzen zusammenfasse. Der durch den Krieg erschütterte Handel müsse erst wieder ins Leben gerufen und in Bewegung gebracht werden. Hughes vertagte darauf die Sitzung und kündigte an, daß in der nächsten Sitzung Brand über die Genstraffung zu Lande sprechen wird.

Der englische Delegierte zur Abrüstungskonferenz Balfour erklärte, England sei bereit, das Staatssekretär Hughes namens der Vereinigten Staaten vorgelegene Verhältnis der Selbstverteidigung der Hauptbedingung anzunehmen. Mit großer Wärme begrüßte Balfour dann, daß sich der Plan Hughes ausdrücklich mit den drei größten Seemächten befaßt, während alle anderen Mächte, die bis heute nicht den Wunsch hätten und, wie er hoffe, nie den Wunsch haben würden, Mächte zu unterhalten, die größer wären, als für die Verteidigung ihrer nationalen Ehre und Sicherheit notwendig seien, überhaupt nicht erwähnt würden. Balfour kündigte dann die Empfehlung, daß die von den Seemächten aufgestellten Forderungen für Unterseeboote noch weiter beschränkt und, wenn irgend möglich, sogar der Waage großer U-Boote, die nicht zur Verteidigung, sondern zum Angriff in einer Weise die zivilisierte Nationen mit Rücksicht erfüllen müßten, bestimmt seien, ganz verboten würde. Man dürfe nicht bezweifeln, daß mit U-Booten als Werkzeuge sehr leicht Mißbrauch getrieben werden könne und daß im letzten Krieges mit diesen tatsächlich in größter Weise Mißbrauch getrieben worden sei.

China fordert Unabhängigkeit

Einer Mitteilung Wellington Koo zufolge wird die chinesische Delegation der Washingtoner Konferenz Vorschläge für eine Regelung der Probleme des fernem Ostens unterbreiten, die auf folgenden allgemeinen Grundsätzen basieren:
„Von der Rehabilitierung Chinas hängt der Friede des fernem Ostens ab.“
China muß in die Lage gesetzt werden, seine eigene wirtschaftliche Wiederherstellung durch die Entwicklung der natürlichen Hilfsquellen des Landes zu vollbringen.
Auch die territoriale Integrität Chinas muß gewährleistet werden und weitere Eingriffe durch ausländische Konzeptionen aufhören.
China muß absolute politische Unabhängigkeit haben und von jeder Einwirkung von außen befreit bleiben.“

Die unzufriedenen Japaner

London, 17. November.
„Times“ berichtet aus Tokio, daß das japanische Marineamt die japanischen Gegenentwürfe in der Abrüstungsfrage an die japanische Delegation in Washington telegraphiert hat. Es heißt darin, Japan werde durch die Vorschläge des Staatssekretärs Hughes benachteiligt, und zwar insoweit, als die Zahl der ihm verbleibenden Großkampfschiffe von zehn auf zwölf zu erhöhen. Die „Daily Mail“ aus Tokio meldet, wird von Seiten japanischer Marineoffiziere in dem Blatt „Nihon Shimbun“ verlangt, daß die Vorschläge des Staatssekretärs Hughes vollständig abgelehnt seien und nur den amerikanischen Ansprüchen gerecht würde. Japan könne diesen lächerlichen Vorschlägen nicht zustimmen. Einer der japanischen Marineoberbefehlshaber erklärte allerdings dem Vertreter des „New-York Herald“ die amerikanischen Vorschläge seien besser, als Japan erwidern sollte, doch liegen die Unterschiede zwischen den Vorschlägen von Hughes und Japans eigenen Ansichten nicht allzu weit auseinander. Dasselbe Blatt berichtet, daß die japanischen Marineoberbefehlshaber etwa zehn Tage vor genauen Prüfung der Vorschläge des Staatssekretärs Hughes zu kommen unzufrieden waren, daß diese Prüfung aber nicht eine definitive Entscheidung dieser Vorschläge durch Japan zur Folge haben werde.

Wie aus Washington gemeldet wird, soll der Antrag, davon unterrichtet werden sein, daß die Vereinigten Staaten für den Fall der Ablehnung ihres Abrüstungsbeschlusses ein Schloß seien, zu den 16 Großkampfschiffen, deren Pläne bereits fertig vorliegen, unverzüglich weitere 14 hinzuzubauen; der Bau würde stark beschleunigt werden.

Das Danzig-polnische Wirtschaftsabkommen

Das Danzig wird geschrieben:
Ein stilles Büchlein ist das gegen Ende Oktober in Danzig unterzeichnete „Abkommen zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen zur Ausübung und Ergänzung der Danzig-polnischen Konvention“. In deutschem und polnischem Text gedruckt, umfaßt es auf über 180 Seiten neun verschiedene Teile mit 244 Artikeln. Namentlich in Buchdruckereien erregte es mit Recht unheimliches Aufsehen, daß man diese umfangreiche Arbeit der Druckerei des städtischen städtischen Verlags „Gazeta Odmiana“ übertragen hat, obwohl es in Danzig sehr große und viel leistungsfähigere deutsche Firmen gibt, die selbstverständlich unter den gegenwärtigen Verhältnissen gleichfalls auf polnischen Apparat eingegriffen sind. Der Senat hat, als ob es das nicht wußte; der wahre Grund seines Handelns ist aber wohl gewesen, daß er den Polen ein besonderes Entgegenkommen zeigen wollte, indem er auch ihr Gewerbe unterließ. In Polen wäre eine so große Maßnahme auf Deutsche unmöglich gewesen. Die einzelnen Teile umfassen folgende Angelegenheiten: Staatsangehörigkeit, Gerichtsbarkeit, Post, Schiffahrt, Finanzen, Zoll, wirtschaftliche Güter und Verkehr und die Verwaltung der freien Stadt mit Lebensmitteln, Brenn- und Holzstoffen. Dazu kommen Schlußbestimmungen, die die Fragen der Sprache, der Schule, der Justiz und Klaustration behandeln.
Was die deutsche Öffentlichkeit ganz allgemein interessiert, sind die Bestimmungen über die Zollunion und die Zollunion der Wirtschaftseinheit. Der Kern dieser Abmachungen ist: Danzig bildet vom 1. Januar 1922 ab mit Polen ein gemeinsames Zollgebiet und der polnische Zolltarif gewinnt dann auch für den freien Handel Geltung. Unpragmatisch war wohl gewesen, daß die Einverleibung des freien Handels in das polnische Zollgebiet erst drei Monate nach der Unterzeichnung des Vertrages stattfinden sollte. Diese an sich für Danzig nicht nur noch einen Monat verbündet werden, was eine wesentliche Verleibung der Lage für Danzig bedeutet. Der Zolltarif, der doch gar nicht auf den freien Handel zugeschnitten ist, soll einer Revision unterzogen werden. Das kann lange Zeit in Anspruch nehmen, und so wird sicher im Januar zunächst der unveränderte polnische Zolltarif in Kraft treten. Welche Schäden für Danzigs Industrie und Handel daraus entstehen, ist ohne weiteres klar. Bis zum April 1922 soll eine billige Wirtschaftseinheit zwischen Danzig und Polen durch Abschaffung der Wirtschaftsgrenze geschaffen werden. Vereinfacht man die deutsche und die polnische Zollunion, so erzieht eine derartige künstliche Einheit als Bindung, daß die künftigen Unzulänglichkeiten herbeiführen muß. Was die deutsche Währung an in letzter Zeit gemindert, die polnische etwas getrieben ist, so bleibt der Unterschied dennoch ein großer. Es ist nicht lange her, daß der polnische Finanzminister Mikulski freimütig im Seim erklärte: „Das Dach über dem Kopf des (polnischen) Reiches steht in Flammen. Die Raubtiere sind viel näher, als man glaubt. Das polnische Volk hat nur noch den Wert eines Bekleidungsstückes.“ Nicht weniger pessimistisch bemerkte das „Journal de Pologne“: „Wir nähern uns der Katastrophe. Es wird uns nichts übrig bleiben, als die Vermehrung des Landes unter englisch-französisch-amerikanische Kontrolle zu stellen.“ Das sind nur einige von vielen ähnlichen polnischen Stimmen. Und in eine solche Gefahr des Zusammenbruchs wird Danzig durch die Wirtschaftseinheit mit hineingezogen. Die Abweitung der wertvollsten Teile Oberitaliens an Polen wird es auch nicht retten; denn bald wird dort die bekannte „polnische Wirtschaft“ ebenfalls Platz greifen und alles im Werte bestimmen, falls nicht die Deutschen so dumm sind, sich als Bienerer für den Feind in dem aktuellen Lande hervorzutun.
Wie wenig Vertrauen die polnische Bevölkerung selbst zur Wirtschaftskraft Polens hat, konnte man in diesen Tagen leicht durch den Mienenkreis feststellen. Sobald die polnische Währung mit der künstlichen gegen ihren vernünftigen niedrigen Wert zum Textil- und Schuhwarenverkehr. Lange Polen hätte man daher wie ein in die Krise. Besonders fielen darunter die ostpreussischen der polnischen Offiziere auf, die sich die Konjunktur gleichfalls nicht entgehen lassen wollten. Der Volk hat trotz allem zur deutschen Mark meist mehr Vertrauen als zur polnischen und hofft, daß die polnische Mark wieder stark herabgeht. Darum will er die erhöhte Konjunktur des polnischen Geldes schnell ausnützen, die dieser günstige Zustand vorüber ist. So erlebte Danzig vorzeitig einen Teil seines Ausverkaufes, den man ohnehin für die Zeit nach Beginn der Zollunion mit Polen erwartet.

